

<b>ANFRAGE</b>  Stadtrat Wolfram Jäger (CDU) Stadträtin Marianne Krug (CDU) Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadträtin Bettina Meier-Augenstein (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 29.08.2007	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>43. Plenarsitzung des Gemeinderates</b>  <b>16.10.2007</b> <b>1155</b> <b>22</b> <b>öffentlich</b>
<b>Ausbau der Kinderbetreuung</b>		

1. Welchen Einfluss wird die erfolgte Einigung zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren auf die in diesem Bereich in Karlsruhe geplanten Maßnahmen haben?
2. Sind der Stadtverwaltung konkretere Details zur Verteilung der Gelder innerhalb von Baden-Württemberg bekannt? Ist ein ähnliches Verfahren wie bei der Vergabe der IZBB-Zuschüsse zu erwarten? Welche Vorbereitungen trifft die Stadtverwaltung, damit eventuell erforderliche Anträge umgehend bei den zuständigen Stellen eingereicht werden können?

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Bund und Länder haben sich über eine Finanzierung des Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren geeinigt; die erforderlichen gesetzlichen Schritte werden eingeleitet, so dass ab Januar 2008 neue Plätze geschaffen werden können. Damit will Deutschland in den nächsten Jahren den Anschluss an die erfolgreichen Modelle in anderen europäischen Ländern schaffen.

Der Bund wird die Kinderbetreuung der unter Dreijährigen bis zum Jahr 2013 mit 4 Milliarden Euro zusätzlich unterstützen. Hiervon sollen 1,84 Milliarden Euro in die bei einem Ausbau von Krippenplätzen zusätzlich anfallenden Betriebskosten fließen. 2,15 Milliarden Euro werden als Mittel für direkte Investitionen in den (Aus-)Bau von Kinderkrippen zur Verfügung gestellt.

Schließlich wird sich der Bund ab 2014 laufend mit 770 Millionen Euro pro Jahr an der Finanzierung der ausbaubedingt entstehenden Betriebskosten beteiligen.

Die Länder haben zugesagt, durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass das zusätzliche Geld für die laufende Betreuung auch tatsächlich an die Kommunen weitergegeben wird.

Der CDU-Fraktion ist die bedarfsgerechte Ausweitung des Betreuungsangebots in Karlsruhe ein großes Anliegen. Hierdurch, aber auch durch entsprechende Voraussetzungen in der Arbeitswelt und eine möglichst optimale und altersgerechte Förderung der Kinder, werden Familien gezielt und nachhaltig unterstützt. Die Familienfreundlichkeit unserer Stadt wird damit unterstrichen.

Wir halten es daher für wichtig, dass sich die Kommune frühzeitig auf die neue Situation einstellt und vor allem die gegebenenfalls erforderlichen Anträge bei den zuständigen Stellen einreicht.

unterzeichnet von:

Wolfram Jäger

Marianne Krug

Gabriele Luczak-Schwarz

Bettina Meier-Augenstein

Hauptamt - Sitzungsdienste -

5. Oktober 2007